

Bericht der Wintersession 2017

Parlament verringert Sparmassnahmen im BFI-Bereich um 86 Millionen Franken

In der Wintersession 2018 korrigierten National- und Ständerat das Bundesbudget 2018. Sie verringerten die vom Bundesrat beantragten Sparmassnahmen bei den Hochschulen und Forschungsinstitutionen um gut 86 Millionen Franken. Das Parlament verhindert mit diesen zusätzlich gesprochenen finanziellen Mittel im nächsten Jahr ein negatives Wachstum bei den Schweizer Hochschulen und ermöglicht den Forschungsinstitutionen, ihre wichtigsten Ziele umzusetzen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Voranschlag 2018: Parlament spart bei Bildung und Forschung weniger

Wie üblich befassten sich die eidgenössischen Räte in der Wintersession mit dem Bundesbudget. In diesem Jahr hatten sie sich dabei auch mit Sparmassnahmen im Umfang von rund einer Milliarde Franken auseinanderzusetzen, die der Bundesrat mit dem Voranschlag 2018 (17.041) überwiesen hatte. Davon waren rund 220 Mio. Franken im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) vorgesehen, so dass im Jahr 2018 gerade noch ein Wachstum der finanziellen Mittel von 0,2% übriggeblieben wäre. Begründet hatte der Bundesrat die Kürzungen einerseits mit einer geringer ausgefallenen Teuerung in den vergangenen Jahren, andererseits sollte in anderen

Ausgabenbereichen mehr Spielraum geschaffen werden. In der Wintersession korrigierten National- und Ständerat diesen Budgetentwurf und reduzierten die Sparmassnahmen bei den Hochschulen und Forschungsinstitutionen um gut 86 Millionen Franken.

In den ersten beiden Sessionswochen einigten sich die beiden Räte darauf, die Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten um 6 Millionen Franken und die Grundbeiträge an die Fachhochschulen um 11,3 Millionen Franken aufzustocken. Die finanziellen Mittel für die Institutionen der Forschungsförderung erhöhte das Parlament um 16 Millionen Franken. Davon sind 15 Millionen Franken für die Förderungen des Schweizerischen Nationalfonds vorgesehen, 1 Million für die Erfüllung des Grundauftrags der Akademien der Wissenschaften. Auch im Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen einigten sich die Räte auf eine Verringerung der Sparmassnahmen. Der Nationalrat schwenkte in der zweiten Beratung auf den Entscheid des Ständerates ein und sprach sich mit 110 zu 80 Stimmen für eine Erhöhung der finanziellen Mittel um 52,9 Millionen Franken aus.

Budget 2018 mit Plus von 295 Millionen Franken verabschiedet

Im Weiteren stockte das Parlament die Beiträge an das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) um rund 500'000 Franken auf. Nicht angenommen wurde hingegen eine Erhöhung der Pauschalbeiträge für die höhere Berufsbildung: Der Ständerat lehnte einen Kompromiss der Einigungskonferenz ab, der auch eine Reduzierung der Sparmassnahmen in diesem Bereich enthalten hätte. In der Folge gilt nun der tiefere Budgetentwurf des Ständerats. Nach dreiwöchiger Beratung verabschiedete das Parlament das Bundesbudget 2018 mit einem geplanten Überschuss von 295 Millionen Franken.

- **Protokoll des Ständerats vom 28. November 2017**
- **Protokoll des Nationalrats von 4. Dezember 2017**
- **Protokoll des Ständerats vom 5. Dezember 2017**
- **Protokoll des Nationalrats von 7. Dezember 2017**

Erasmus+: Übergangslösung bis 2020 verlängert

Die Schweiz verlängert die Übergangslösung zum europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ um drei Jahre. Der Nationalrat sprach sich mit 126 zu 65 Stimmen für die Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung 2018-2020

(17.031) aus. Mit dieser Verlängerung der bestehenden Schweizer Lösung können Studierende und Jugendliche aus der Schweiz weiterhin Bildungsaustausche im Ausland machen. Für die dreijährige Periode genehmigte das Parlament einen Kredit im Umfang von 114,5 Millionen Franken. Im Nationalrat lagen zwei Kürzungsanträge vor. Mit 117 zu 73 Stimmen lehnte es der Nationalrat ab, die 9,3 Millionen Franken für die Finanzierung der internationalen Kooperationsaktivitäten der Schweizer Bildungsinstitutionen zu streichen. Ebenso war die grosse Kammer nicht bereit, auf den Bundesbeitrag von 11,1 Millionen Franken an die nationale Agentur Movetia zu verzichten. Den entsprechenden Minderheitsantrag lehnte sie mit 112 zu 79 Stimmen ab.

Über Vollassoziierung ab 2021 verhandeln

Der Nationalrat überwies ausserdem eine Motion (17.3630) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates, welche den Bundesrat beauftragt, so rasch wie möglich über eine Vollassoziierung der Schweiz am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab dem Jahr 2021 zu verhandeln. Dieser Entscheid fiel mit 109 zu 80 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Die Übergangslösung wurde im Jahr 2014 notwendig, weil die Verhandlungen mit der EU über eine Schweizer Assoziierung an Erasmus+ sistiert wurden. In der Schweizer Lösung hat die Förderung der Bildungsmobilität Priorität. Die indirekte Beteiligung am Erasmus-Programm bringt jedoch Einschränkungen der Mobilität und zusätzliche Aufwände mit sich. Im Weiteren können sich Schweizer Bildungsinstitutionen nur noch begrenzt an internationalen Zusammenarbeiten in der Bildung beteiligen; von verschiedenen Teilen von Erasmus ist die Schweiz ganz ausgeschlossen.

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 27. November 2017 (Botschaft)**

➤ **Protokoll des Nationalrats vom 27. November 2017 (Motion)**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

➤ ... im Ständerat die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) (17.030) mit 34 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Mit 29 zu 14 Stimmen sprach sich die kleine Kammer ausserdem dagegen aus, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen, wonach die Schweiz bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verpflichtungen

hätte einhalten müssen. Das Initiativkomitee gab darauf am 12. Dezember 2017 bekannt, die Rasa-Initiative zurückzuziehen. Mit dem Gesetz zur Umsetzung von Verfassungsartikel 121a über die Zuwanderung seien die zentralen Ziele des Begehrens erreicht und die bilateralen Verträge mit der EU bleiben bestehen.

➤ ... im Ständerat eine Motion (15.3687) von Nationalrätin Ruth Humbel abgelehnt, welche die Einführung eines obligatorischen Praktikums als Eignungstest für die Zulassung zum Studium der Humanmedizin beantragte. Der Vorstoss schlug ein Praktikum in einem Spital oder in einem Pflegeheim als Ersatz oder Ergänzung zum gegenwärtig angewendeten Test der intellektuellen Fähigkeiten vor. Der Nationalrat hatte dem Antrag in der Sommersession zugestimmt. Mit dem Entscheid des Ständerats ist die Motion nun erledigt.

➤ ... im Nationalrat eine Motion (15.4241) von Nationalrätin Maya Graf abgelehnt, welche ein Verbot von belastenden Tierversuchen bei Primaten in der Schweiz forderte. Mit 110 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltungen folgte die grosse Kammer dem Bundesrat, welcher die Ablehnung des Vorstosses beantragte.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORSTÖSSE

NFP 64 zur Nanotechnologie. Grosse Wissenslücken wurden in wichtigen Teilaspekten festgestellt

➤ Interpellation (17.3674) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 18. September 2017.
Der Bundesrat hat am 8. November 2017 darauf geantwortet.

Ungenügende Kapazitäten für die praxisnahe Forschung und Entwicklung im Bereich Tierwohl der Nutztiere

➤ Interpellation (17.3675) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 18. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 darauf geantwortet.

Verwendung des Bundesanteils am Bilanzgewinn der Nationalbank für die zusätzliche Finanzierung des BFI-Bereichs

- Motion (17.3787) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).
Eingereicht am 27. September 2017.
Der Bundesrat hat am 15. November 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Anerkennung ausländischer Diplome unter Berücksichtigung des Fachkräftemangels

- Interpellation (17.3804) von Nationalrätin Sibel Arslan (BASTA).
Eingereicht am 28. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 darauf geantwortet.
-

In allen Berufen die Validierung von Bildungsleistungen fördern

- Motion (17.3813) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).
Eingereicht am 28. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Schaffung einer Plattform für Weiterbildungsangebote

- Motion (17.3814) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).
Eingereicht am 28. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Schluss mit der Stop-and-go-Politik in der Finanzplanung. Neuer Finanzierungsmodus für die ETH

- Interpellation (17.3873) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 darauf geantwortet.
-

Armee. Wissenschaftliche Forschung stärken, Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen vertiefen

- Postulat (17.3875) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 15. November 2017 die Ablehnung des Postulates beantragt.
-

Schweizerische Matura. Katalog der benoteten Fächer um die Informatik ergänzen

- Motion (17.3907) von Nationalrat Laurent Wehrli (FDP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Übergang zwischen obligatorischer Schule, Lehre und weiterführenden Schulen

- Interpellation (17.3929) von Nationalrätin Nadine Masshardt (SP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 darauf geantwortet.
-

Zahnmedizin. Verteidigen wir unsere Diplome!

- Postulat (17.3953) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Ablehnung des Postulates beantragt.
-

Weiterbildung im Kontext des digitalen Wandels. Säule 3w für Weiterbildungen

- Postulat (17.3959) von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP).
Eingereicht am 29. September 2017.
Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Ablehnung des Postulates beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Änderung Artikel 50 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)

- Motion (17.3977) der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N).
Eingereicht am 14. November 2017.
-

Enttäuschende Ablehnung von Pilotstudien über Cannabis: Wie geht es weiter?

- Interpellation (17.3984) von Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle (SP).
Eingereicht am 28. November 2017.
-

Ausländeranteil in den öffentlichen Spitälern und in der humanmedizinischen Ausbildung in der Schweiz

- Interpellation (17.4008) von Nationalrat Thomas Matter (SVP).
Eingereicht am 4. Dezember 2017.
-

Solidaritätsabgabe zugunsten Bildung älterer Arbeitnehmenden

- Motion (17.4033) von Nationalrätin Barbara Gysi (SP).
Eingereicht am 7. Dezember 2017.
-

Wissenschaft und Berggebiet Hand in Hand

- Motion (17.4042) der Grünliberalen Fraktion.
Eingereicht am 7. Dezember 2017.
-

Chancengleichheit beim Zugang zur höheren Schulbildung und Hochschulbildung

- Anfrage (17.1085) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 11. Dezember 2017.
-

Reserven der ETH und Studiengebühren

- Interpellation (17.4083) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
-

Unterstützt der Schweizerische Nationalfonds (SNF) wirklich die Forschung 3R?

- Interpellation (17.4085) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
-

Von der Tabakindustrie unabhängige Forschung zu den E-Zigaretten und Heat Not Burn (HNB)-Geräten fördern

- Motion (17.4106) von Nationalrat Angelo Barrile (SP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
-

Experimentierartikel als Grundlage für Studien zur regulierten Cannabis-Abgabe

- Motion (17.4114) von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
-

Virtuelle Studierende an den ETH?

- Interpellation (17.4130) von Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP).
Eingereicht am 13. Dezember 2017.
-

Bilanz über Kompetenzen und Projekt für die Weiterbildung von älteren Arbeitnehmenden

- Postulat (17.4146) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).
Eingereicht am 14. Dezember 2017.
-

Schaffung eines «Patentstatus» für Forschende, um Senior-Forschenden weiterhin Zugang zur wissenschaftlichen Forschungsförderung zu ermöglichen

- Postulat (17.4242) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
-

Ausbildung von Ingenieuren an den ETH

- Interpellation (17.4265) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
-

Erkenntnisse nach rund 20 Jahren Bologna-Reform

- Postulat (17.4276) von Nationalrätin Irène Kälin (GPS).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.
-

Hat der Bundesrat seine Ansichten über die Besteuerung von jungen, innovativen Unternehmen geändert?

- Interpellation (17.4293) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 15. Dezember 2017.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

19. Dezember 2017
